

HOCHWASSERSCHUTZ

# Mit dem Rechner gegen die Flut



Land unter an der Mosel: Wann kommt die nächste Flut?  
(Foto: Direction de la Gestion de l'Eau)

**Lange Zeit wurde der Hochwasserschutz in Luxemburg vernachlässigt. Eine vom Innenministerium in Auftrag gegebene Studie definiert den Schutz vor den Fluten vor allem nach wirtschaftlichen Kriterien.**

Pumpen, pumpen, pumpen - so lautet die Devise der Einsatzkommandos: Nachdem sintflutartige Regenfälle das Rhône-Delta in ein gigantisches Überschwemmungsgebiet verwandelt haben, sind in dem südfranzösischen Katastrophengebiet tausende Rettungskräfte aktiv. Zwischen den Bildern vom Jahrhunderthochwasser an der Elbe im Sommer 2002 und der Überschwemmung an der Rhône liegen rund anderthalb Jahre. Während in Frankreich zunehmend die Raffarin-Regierung kritisiert wird, übt der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Kritik an den deutschen Behörden: Die Vorbeugung gegen künftiges Hochwasser lasse zu wünschen übrig. Das geplante Hochwasserschutzgesetz schlummert derweil noch in der Schublade.

"Im Hochwasserschutz braucht man einen langen Atem", weiß Mike Wagner von der dem Innenministerium zugeordneten "Direction de la Gestion de l'Eau" in Luxemburg. Ladeninhaber, Weinbaubetriebe und Hausbesitzer seien teilweise heute noch mit der Schadensabwicklung der beiden verheerenden Hochwasserkatastrophen an der Mosel von 1983 und 1993



beschäftigt. "In Luxemburg ist lange nichts geschehen", sagt Henri Kox, Sprecher von Déi Gréng gegenüber der woxx. Nachfragen bei den Verwaltungen der am meisten betroffenen Gemeinden haben dies bestätigt: Langfristige Schutzvorkehrungen, Fehlanzeige.

Erst als in Oberbillig auf der anderen Seite der Mosel Maßnahmen ergriffen wurden, geriet die luxemburgische Regierung unter Zugzwang. "Seit 2001 ist der Hochwasserschutz im Staatshaushalt vorgesehen", betont Gust Stefanetti, Bürgermeister von Wasserbillig. Die deutschen Nachbarn in Oberbillig hatten Ende der 90er Jahre einen Damm sowie mobile Elemente zum Schutz der Ortschaft angebracht. Der Druck aus der Bevölkerung hatte inzwischen zugenommen, bestätigt Kox. "Das waren weniger die Einheimischen als die Zugezogenen", stellt der Grünen-Sprecher fest. Denn die Mentalität der Alt-Eingesessenen sei bereits vom Hochwasser geprägt, meint er. "Das gehört zu ihrem Leben."

Doch welche Maßnahmen eignen sich am besten zum Schutz? Und vor allem: Welche sind bezahlbar? Längst hat die wirtschaftliche Bewertung von geplanten Vorkehrungen Einzug erhalten. "Hochwasserschutz ist teuer", heißt es in einer Pressemitteilung des Innenministeriums. Die luxemburgische Regierung beauftragte im vergangenen Jahr das Ingenieurbüro Hydrotec in Aachen sowie das Schweizer Unternehmen Ernst Basler und Partner mit einer Studie zum Hochwasserschutz an der Mosel. Die Ingenieure erarbeiteten für sieben Gemeinden auf der luxemburgischen Seite des Flusses verschiedene Schutzkonzepte und berechneten deren Kosten, Nutzen und Auswirkungen. Dazu wurden insgesamt 1.294 Einzelobjekte und betroffene Flächen erfasst und Schadensberichte ausgewertet. Die Ergebnisse wurden Ende November präsentiert. Eine endgültige Fassung der Studie soll spätestens in zwei Wochen vorliegen.

Die Untersuchung unter dem Titel "Hochwasserschutz für die Gemeinden an der Mosel" sei an die jeweilige örtliche Situation angepasst, erklärt Mike Wagner. Für alle 13 Ortschaften der Gemeinden habe man insgesamt 41 Lösungsverfahren entwickelt. Dabei müssten die Kosten für die Schutzmaßnahmen in einem angemessenen Verhältnis zu den vermiedenen Schäden stehen, erklärt der Regierungsrat, sonst sollte über andere Lösungen nachgedacht werden. Mit der Studie wurde auch der mögliche Gesamtschaden für die luxemburgischen Moselanrainer ermittelt: Würde heute ein Hochwasser wie 1983 auftreten, müsste mit Schäden von rund 38,6 Millionen Euro gerechnet werden.

"Der Ruf der Gemeinden nach Hochwasserschutz, wird lauter",

sagt Wagner. So werden zum Beispiel in Wasserbillig erste Pläne dem Gemeinderat vorgelegt. "Doch Detailpläne sind das noch nicht", schränkt Bürgermeister Stefanetti ein. Den Anrainer-Gemeinden der Mosel fehlt es nämlich an Geld für den Hochwasserschutz. Die Kosten dafür trägt in Luxemburg zur Hälfte der Staat, für die andere Hälfte müssen die Kommunen selbst aufkommen. Im benachbarten Rheinland-Pfalz hingegen übernimmt das Bundesland für Maßnahmen an größeren Flüssen 90 Prozent der Kosten.

## Große und kleine Lösungen

Einen effizienteren Hochwasserschutz als bisher verspricht die Studie der beiden Ingenieurbüros aus Aachen und Bern. Dabei unterscheiden die Experten zwei Varianten des Hochwasserschutzes: eine weniger aufwändige Minimalvariante, die vor allem den Schutz der Einzelobjekte vorsieht, sowie eine, bei der ganze Ortsteile durch Deiche, Mauern oder mobile Systeme geschützt werden. Letztere sei aber nur in vier Gemeinden - Remich, Wasserbillig, Ehnen und Bech-Kleinmacher - sinnvoll. Als "kleine Lösung" schlagen die Planer den Schutz einzelner Gebäude vor, indem zum Beispiel ein Haus beim Eintreffen des Hochwassers mit Flusswasser geflutet und dabei zwischen Einfluss und Keller ein Filter angebracht wird, um den Schlamm zurückzuhalten. "Auf den ersten Blick widersinnig, aber auch einleuchtend", meint René Sertznig von der Gemeinde Grevenmacher schmunzelnd, "ich habe noch niemanden gesehen, der sein Haus freiwillig fluten lässt."

Neuen Ansporn dürfte der luxemburgische Hochwasserschutz vor allem aus Brüssel bekommen: Etwa 6,8 Millionen Euro soll nach den Worten Mike Wagners die Einrichtung einer IT-Zentrale inklusive der Kartierung von Überschwemmungsgebiete kosten. Die Europäische Union hat dafür bereits Subventionen bewilligt. Zwischen Deutschland, Frankreich und Luxemburg gibt es seit 1985 mit der Schaffung der Internationalen Arbeitsgruppe "Hochwasserschutz an Mosel und Saar" eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Durch die Zusammenarbeit der Meldezentralen in Trier, Grevenmacher und Metz kann ein Hochwasser bereits ein bis zwei Tage vorausgesagt werden. Die Umweltminister unterzeichneten 1995 eine gemeinsame Erklärung und beauftragten die Internationalen Kommissionen zum Schutze von Mosel und Saar gegen Verunreinigung (IKSMS) mit der Aufstellung eines Aktionsplans.

Zu den Schwerpunkten dieses Plans gehört die Erhöhung des Wasserrückhaltes und die Ausweisung von Überflutungsgebiete. Letztere zählen nach den Worten von BUND-Pressesprecher Rüdiger Rosenthal "zu den wirksamsten Maßnahmen des Hochwasserschutzes". Für den, so der Naturschützer gegenüber der woxx, reichten rein wirtschaftliche Argumente allein nicht aus. Und wenn erst einmal gepumpt werden muss, erst recht nicht mehr.

Stefan Kunzmann

## Budget: Same procedure ...

Das wirtschaftspolitische Motto der Regierung laute: Raus aus der Souveränitätsnische, rein in die Kompetenznische, so lobte CSV-Fraktionschef Lucien Weiler am Dienstag in der Chamber die Diversifizierungspolitik seine Koalition. Als erster Diskussionsredner in den vorige Woche lancierten Haushaltsdebatten versuchte er gleich zu Beginn, seinen politischen Gegnern den Wind aus den Segeln zu nehmen. Und brachte als Beispiel die dreißig Arbeitsplätze, die die Niederlassung von Amazon in Luxemburg gebracht habe. Kein sehr gutes Beispiel, da die neue Nische, welche die Regierung da entwickeln will, nicht sehr arbeitsintensiv ist - und zudem wie so oft auf einer Politik der steuerlichen Vergünstigungen aufbaut. Zumindest mit dem Thema lag Weiler richtig. Wirtschaftsentwicklung und Arbeitslosigkeit, und hier vor allem der angekündigte massive Stellenabbau bei Villeroy und CEPAL, durchliefen als roter Faden die 21 anschließenden Redebeiträge. Der LSAP-Abgeordnete Jeannot Krecké sprach von einem "Déphasage" der Regierung auch in puncto Arbeitslosigkeit: Die Regierung hätte schon viel früher die Zeichen der Zeit erkennen und konkrete Maßnahmen ergreifen sollen - mittlerweile komme beim Arbeitsamt ein Vermittler auf 500 Arbeitssuchende. Francois Bausch, Sprecher der grünen Fraktion, kritisierte den Vorschlag von Berichterstatter Jean-Marie Halsdorf (CSV) zum Haushalt, im klassischen Industriebereich nach neuen Firmen zu suchen. Angesichts des internationalen Lohngefälles sei es völlig unrealistisch, derlei Hoffnungen zu hegen. Luxemburg solle sich "op dat wat mer kënnen" besinnen und neue Ansätze im Bankensektor sowie bei den neuen Technologien entwickeln. Er forderte zudem die Einberufung einer Tripartite für den Eisenbahnsektor, in dem sich ebenfalls Krisenzeichen mehrten. Wie auch Gast Gybérien vom ADR kritisierten die beiden Oppositionsredner die Haltung der CSV-DP-Regierung in Sachen Budget-Defizit als Manöver, das Budgetdefizit zu kaschieren. Für Serge Urbany von Déi Lénk waren die steigenden Arbeitslosenzahlen ein Indiz dafür, dass die Sozialpolitik der Regierung ein Desaster ist. Kurzum: Alle sagten mal wieder, was von ihnen erwartet wurde.

## Letzte Hoffnung Brüssel

Der Export der stillgelegten Hanauer Plutoniumfabrik nach China scheint kaum noch zu verhindern zu sein. Dies berichtete gestern die Berliner "tageszeitung". Daran könnte auch eine Aufsicht der Internationalen Atombehörde (IAEO) nichts mehr ändern. Denn China habe der Kontrolle bereits dreimal zugesagt, hieß es in dem Zeitungsbericht. "Ich weiß nicht, was solche Kontrollen vor Ort bewirken sollen", wird zudem der IAEO-Sprecher Mark Gwozdecky in der "Financial Times Deutschland" zitiert. Damit wäre eine der letzten Hoffnungen der GegnerInnen eines Export der Atomfabrik zerstoßen. Oder doch nicht? Denn der von Bundeskanzler Gerhard Schröder mit Peking ausgehandelte Deal beschäftigt jetzt auch die Europäische Union. Der "Berliner Zeitung" zufolge will die EU-Kommission überprüfen, ob das Atom-Geschäft gegen die Ausfuhrregeln der EU verstößt. Diese sehen vor, dass der Export militärisch nutzbarer Güter einer Genehmigungspflicht unterliegt. Der Verkauf der Hanauer Anlage sei unzulässig, teilten auch die Grünen im Europaparlament mit. Unterdessen verkündete der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Ditmar Staffelt (SPD), in Berlin gegenüber der Presse einen baldigen Abschluss der Verhandlungen mit China. Die Gegner des Atomgeschäfts können also nur noch auf ein Veto aus Brüssel hoffen.

## Mouvement ermahnt Regierung

Ein tiefer Graben zwischen Anspruch und Wirklichkeit, bilanziert der Mouvement écologique die Politik der Regierung in Sachen Nachhaltigkeit. Als uneingeschränkt positiv wird nur die Unterstützung der erneuerbaren Energien eingestuft. Das hindert den Mouvement nicht daran, der Regierung für die verbleibenden sechs Monate insgesamt 14 gute Vorsätze zu unterbreiten, von der Inkraftsetzung der Aarhus-Konvention bis zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie.

www.emweltcenter.lu